

Waffenstopp für Israel gefordert: Palästinenser-Vertreter schlägt Alarm

Nazih Musharbash fordert im Interview mit der NOZ von Deutschland und den USA einen Waffenstopp für Israel zur Beendigung der Gewalt.

In einem aktuellen Interview hat Nazih Musharbash, der Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, die Bundesregierung aufgefordert, die Waffenlieferungen nach Israel zu stoppen. Diese Forderung folgt auf die Entscheidung Frankreichs, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen, was Musharbash als „überfälligen Schritt zur Beendigung von Krieg und Gewalt“ bezeichnete. Seiner Meinung nach könnte ein solcher Schritt auch dazu führen, dass der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bereit ist, diplomatische Lösungen für den Konflikt in der Region zu suchen.

Der langjährige SPD-Politiker Musharbash äußerte, dass von Bundeskanzler Olaf Scholz ein klarer diplomatischer Druck sowohl auf Israel als auch auf den Iran ausgeübt werden sollte. In seinen Aussagen kritisierte er die deutsche Nahostpolitik, die seiner Meinung nach von Doppelmoral geprägt ist. Er plädiert dafür, Israel eher wie einen normalen Staat zu behandeln, um dessen fortwährende Verletzungen des Völkerrechts ernsthaft zu erkennen und zu thematisieren. Musharbash erklärte auch, dass die Bundesregierung gegenwärtig vor allem die Position Israels vertrete und mehr Verantwortung für die palästinensische Seite übernehmen sollte.

Kritik an der Wahrnehmung der Palästinenser

Musharbash bringt seine Bedenken zum Ausdruck, dass Palästinenser, die sich für Frieden und Freiheit einsetzen und gegen die Besatzung protestieren, häufig als Israel-Feinde oder sogar Antisemiten abgestempelt werden. „Es ist inakzeptabel, dass diese Menschen, die für ihre Rechte kämpfen, als Terroristen stigmatisiert werden,“ sagte er. Diese Ansicht reflektiert eine tiefere Problematik im Umgang mit der israelisch-palästinensischen Thematik und dem internationalen Diskurs darüber.

Die von Musharbash geforderten Maßnahmen sind nicht nur politisch brisant, sondern könnten auch weitreichende Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und den Palästinensern haben. In einem sensiblen geopolitischen Kontext ist der Druck, den Deutschland auf Israel ausübt, wesentlich, um den Friedensprozess voranzutreiben. Die Schlüsselfrage bleibt, ob die Bundesregierung der Aufforderung nachkommt und den Kurs in der Nahostpolitik ändert, wie Musharbash es einfordert. Weitere Details zu seinen Äußerungen sind in einem Artikel **auf www.presseportal.de** nachzulesen.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at